

Anlage 2

Beate Bröcker, 14. Februar 2008, Stadtrat

Aktuelle Stunde zur sozialen Situation von Kindern und Jugendlichen in Magdeburg

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

- **Vorsitzender**
- **Stadträte**

Schon einmal haben wir uns in der derzeitigen Legislaturperiode in einer Aktuellen Debatte intensiv mit der sozialen Situation der Kinder- und Jugendlichen in unserer Stadt auseinandergesetzt.

Anlass waren im Dezember 2005 die Ergebnisse unseres Sozial- und Gesundheitsberichts. Gemeinsam mussten wir konstatieren: Die Ursachen für Kinderarmut liegen nicht im kommunalpolitischen Handeln. Die Kommune kann nur die Rahmenbedingungen schaffen, um die Wirkung abzumildern und die Betroffenen zu unterstützen.

Ich darf an dieser Stelle aber zunächst einmal richtig stellen, Herr Müller: Es sind in Magdeburg nicht 40 Tausend Bedarfsgemeinschaften, sondern etwa 20.900. Das sind zwar auch viele, aber eben nur halb so viele.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Magdeburgs Rahmenvorgaben in Sachen Kinderversorgung gut. Während man im Bundesgebiet eine Versorgungsquote von etwa 30 Prozent anstrebt, bietet die Stadt eine Versorgungsquote von 70 Prozent.

Nach dem Familienatlas 2007 der Bundesregierung belegt Magdeburg:
Platz 1 bei der Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder
Platz 3 bei der Chancengleichheit am Arbeitsmarkt
Platz 5 bei der Ganztagsbetreuung im Kindergartenalter

Dieser hohe Versorgungsgrad ist ein hohes Gut, sind doch Kitas der zentrale Ort für frühkindliche Bildung und gesundes Aufwachsen. Insofern unterstützen wir das Programm des Landes, bei dem die Erziehung stärker in den Mittelpunkt gerückt wird.

Die von uns beförderte Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Kinder-Eltern-Zentren wird ein weiterer Schritt sein: Schon jetzt haben wir in Magdeburg vier dieser Zentren.

Dabei richtet sich das Angebot an berufstätige und arbeitslose Eltern gleichermaßen: Es muss für alle Familien möglich und selbstverständlich sein, Unterstützung durch Informations-, Beratungs- und Bildungsangebote sowie konkrete Hilfe und Begleitung zu erhalten.

Gerade in dieser Hinsicht bietet sich die Nutzung von Kindertageseinrichtungen an. Die Kita ist eine täglich aufgesuchte Institution, in der Eltern einen niedrigschwelligen Zugang haben, in welcher für sie keine Schwellenangst entsteht. So hat eine Kindertageseinrichtung die Möglichkeit, Unterstützungen für Familien rechtzeitig und leicht verfügbar zu machen.

Auch im Bereich der Gesundheitsprävention nutzen wir die Versorgungsdichte von Kindertagesstätten für Inhalte. So konnten wir mittlerweile über 10.000 Kinder mit unserem Angeboten zur gesunder Ernährung und Bewegung erreichen. Mit der Kampagne „Ich geh` zur U und Du?“ konnte das Gesunde-Städte-Büro zudem erfolgreich für die Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen in den Kindertageseinrichtungen werben.

Aber natürlich können wir unsere Bemühungen um das gesunde Aufwachsen von Kindern in unserer Stadt nicht davon abhängig machen, ob sie von ihren Eltern in eine Kindertageseinrichtung geschickt werden.

Das Thema Kinderschutz stellt aus unseren praktischen Erfahrungen sehr vielfältige Anforderungen an eine Vernetzung von höchst unterschiedlichen Partnern, so dass das fachliche Interesse an einer qualifizierten Kooperation in der Stadt Magdeburg groß ist.

Trotz sinkender Kinderzahlen verzeichnen wir stetig steigende Ausgaben in der Jugendhilfe angesichts einer wachsenden Überlastung von Familien. Das heißt, wir haben immer mehr Familien, die nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen, ihre Kinder zu erziehen. Zusätzlich ergibt die Auswertung der Statistik einen sprunghafter Anstieg der Kosten zur Hilfe zur Erziehung in Reaktion auf Bekanntwerden des Falls Kevin in Bremen. Die Bevölkerung reagiert seit dem besonders sensibel auf Wahrnehmungen in der Nachbarschaft, so dass entsprechende Hinweise spürbar zugenommen haben. Zudem sind natürlich die Sozialarbeiter sind hochsensibilisiert und reagieren entsprechend schnell.

Gerade der Bremer Fall, aber auch die andernorts bekannt gewordenen Fälle, die Namen wie Tim oder Jessica tragen, zeigen uns, wie wichtig der Informationsaustausch fachkundiger Akteure verschiedenster Berufsgruppen ist. Darauf aufbauend haben wir im Dezember eine Tagung zum Thema abgehalten und dazu angeregt, neue Kooperationschancen zu erkennen und zu nutzen. Unserer Einladung gefolgt sind Experten aus den Bereichen Kinderbetreuung und Schule, Gesundheitswesen, Jugend- und Sozialhilfe, Polizei und Justiz, Städtische Gesellschaften, Politik und Medien. Für die Beteiligten war die Konferenz eine Bereicherung. Allen gemeinsam ist der Wunsch, dass das Magdeburger Netzwerk auch weiterhin so verlässlich greift, dass wir keinen derartigen Fall beklagen müssen.

Meine Damen und Herren,

wer von Kinder- und Jugendarmut spricht,
der spricht immer auch vom Schicksal der Eltern, die in der Regel von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Gerade in diesem Bereich kann Magdeburg auf eine erfreuliche Entwicklung in den vergangenen zwei Jahren zurück blicken.

Die Arbeitslosenquote ist bei uns von Januar 2006 bis Januar 2008 von 20,3 auf 15,9 % zurückgegangen, insgesamt sind gegenwärtig 17.495 Personen arbeitslos - davon knapp 13.300 SGB II, bei 36.514 Leistungsempfängern im SGB II insgesamt. (*Vergleich Jan.06: 38.252, also 1738 weniger*). Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis ist leicht angestiegen. (*etwa 1500*)

Nimmt man die SGBII- und III-Rechtskreise zusammen, dann sind ca. 16 %, d.h. 1/6 der Bevölkerung direkt von Arbeitslosigkeit betroffen. (*Vergleich: vor 2 Jahren: 20%, jeder 5te*)

Doch trotz der guten Entwicklungen in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt: der Aufschwung geht – und das gilt selbstverständlich nicht nur für Magdeburg – an denjenigen vorbei, die bereits lange arbeitslos sind, die geringqualifiziert sind, die älter sind und die –so heißt es neusprachlich – „multiple Vermittlungshemmnisse“ aufweisen.

Nicht zuletzt sind es die betroffenen Menschen selbst, die Familien und Kinder, die zunehmend von sozialer Teilhabe ausgeschlossen sind – mit den entsprechenden Konsequenzen im Bereich der Jugend- und Sozialpolitik. Gegen die Verfestigung, gegen die andauernde Exklusion dieser Teile unserer Bevölkerung gilt es wirksam vorzugehen.

Was tun wir also in Magdeburg?

Wir nehmen den mit Hartz IV intendierten Ansatz als Landeshauptstadt ernst und bringen uns mit unseren finanziellen und infrastrukturellen Möglichkeiten in die Umsetzungsarbeit der ARGE vor Ort voll ein. Das ist nicht immer einfach und von Erfolg gekrönt – aber es gelingt uns zunehmend,

- die bestehenden kommunalen Netzwerke der Hilfe mit dem Fallmanagement der ARGE zu verzahnen,
- zielgruppenorientierte und präventive Projekte der Jugendsozialarbeit mit der Perspektive auf Integration in Arbeit und Ausbildung zu verbinden
- und im Verbund mit der ARGE integrierte/sozialräumlich orientierte eigene Maßnahmen zu gestalten.

Kurz: Wie auch andere Städte und Gemeinden können wir den Arbeitsmarkt zwar nicht reformieren, wir können aber Strategien entwickeln und Rahmenbedingungen optimieren.

BIB

Eine solche Strategie ist zum Beispiel unser jugendpolitisches Programm zur beruflichen Integration Benachteiligter (BIB), dass wir mit Hilfe des Stadtrates im Januar 2006 auf den Weg bringen konnten. Ziel war und ist die Reduzierung der Zahl der Schulverweigerer und der Ausbildungsabbrecher. Auch die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss sollte schrumpfen.

Das Programm hat uns ermöglicht, insgesamt 9 Schulsozialarbeiterstellen an den Schulen zu verankern und zeigt auch schon die ersten Erfolge: So ist die Anzahl der Schulabgänger ohne Abgangszeugnis von 6,1 % auf 5,2% gesunken.

Vor dem Hintergrund hoher Jugendarbeitslosigkeit gehört dieser Zielgruppe unsere besondere Aufmerksamkeit. Deshalb freut es mich umso mehr, dass die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren um knapp ein Drittel zurückgegangen ist.

Die Zahl verringerte sich im Zeitraum Januar 2006 bis Januar 2008 von 2.874 auf 1.911 Personen.

„Neue Wege in den Job“

Ein weiteres wichtiges Projekt hat seine Wurzeln in dem Wissen,

dass in Magdeburg etwa 8000 Kinder in Bedarfsgemeinschaften leben und in der Erkenntnis,

dass wir ihren Eltern helfen müssen, um zu verhindern, dass mit den Kindern die Langzeitarbeitslosen von morgen heranwachsen.

Besonders bei Jugendlichen und Familien versucht die Verwaltung möglichst nahe am Geschehen zu sein: Die vom Jugendamt geleiteten Sozialzentren in den Stadtteilen stimmen Konzepte und Strategien mit den Maßnahme-Trägern ab. Zudem erfolgt die Auswahl der Teilnehmer in Abstimmung mit den Sozialzentren vor Ort, da Sie die („Problem“-)Familien kennen.

Das Projekt „Neue Wege in den Job“ richtet sich an (vorwiegend) Mütter und Väter, die die Hoffnung darauf, jemals wieder einer geregelten Beschäftigung nachzugehen, bereits aufgegeben haben.

Die durchschnittliche Zahl der Monate der Arbeitslosigkeit liegt bei 69 Monaten, die maximale Zeit der Arbeitslosigkeit liegt bei 181 Monaten, also über 15 Jahren.

Viele der teilnehmenden Langzeitarbeitslosen haben es verlernt, regelmäßig zu einer bestimmten Zeit aufzustehen, Termine wahrzunehmen oder sich ein Tagesziel zu setzen. Bei einzelnen kommen weitere Probleme wie Schulden hinzu.

Alle Teilnehmer bekommen individuelle Beratung und Hilfe, um zunächst den Lebensalltag wieder so zu organisieren, dass eine geregelte Beschäftigung überhaupt möglich würde.

Über Profiling und Zielvereinbarung mit den Teilnehmern wird ein 5-Phasen-Beschäftigungsprogramm maßgeschneidert, das mit einem Praktikum möglichst in Nähe des heimischen Stadtteils endet.

Ziel des Programms ist es, die Teilnehmer für den Arbeitsmarkt fit zu machen. Die Bilanz beim ersten Durchlauf, der im Januar `07 endete, war beachtlich:

Knapp die Hälfte der Teilnehmer konnte die Maßnahme nicht nur mit einer neuen Perspektive abschließen, sondern auch im Anschluss einen beruflichen Neustart wagen.

Aus diesen Erfahrungen heraus haben wir mit der ARGE eine lokale Zielvereinbarung für das Jahr 2008 abgeschlossen, die unter anderem die Familienorientierung bei Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik vorsieht und regelt, dass mindestens 25 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer Eltern von Kindern sein sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die bisher erzielten Wirkungen sind kein Anlass, sich zurückzulehnen. Die Notwendigkeit weitere Maßnahmen gegen Kinderarmut zu ergreifen, ist unzweifelhaft gegeben.